Eitorf, den 20.08.2013

Amt 60 - Amt für Bauen und Umwelt

Sachbearbeiter/-in: Hartmut Derscheid

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Planung, Umwelt und Erneuerbare Energien	11.09.2013
Rat der Gemeinde Eitorf	16.09.2013

Tagesordnungspunkt:

Endgültige Herstellung der Straße „Am Sportplatz„ in Eitorf-Bach
hier: Abwägung gem. § 125 Abs.2 BauGB, § 1 Abs. 4 bis 7 BauGB

Beschlussvorschlag:

Der APUE empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Der Rat der Gemeinde Eitorf beschließt die endgültige Herstellung der Straße „Am Sportplatz“ für den Bereich der Ortslage gem. § 34(4) BauGB, entsprechend ihrer Darstellung im anliegenden Lageplan sowie den Vorgaben des am 26.04.2010 beschlossenen Bauprogramms.

Begründung:

Die Erschließungsanlage „Am Sportplatz“ wurde endgültig hergestellt. Die Erschließungsanlage wird nicht von einem rechtsverbindlichen Bebauungsplan umfasst. Nach § 125 Abs. 2 BauGB dürfen Erschließungsanlagen – sofern ein B-Plan nicht vorliegt - nur hergestellt werden, wenn sie den in § 1 Abs. 4 bis 7 bezeichneten Anforderungen entsprechen.

Bei der gemäß § 125 II BauGB vorzunehmenden Abwägung ist zu berücksichtigen, dass der Verlauf dieser Straße im Wesentlichen durch die Bebauung entlang der Straße innerhalb der Ortslage Bach bereits vorgegeben wird. Die Straße, die nicht im Plangebiet liegt und somit Gegenstand dieses Beschlusses ist, vermittelt eine sinnvolle Anbindung an das bestehende gemeindliche Verkehrsnetz, hier die Hennefer Straße“. Umweltschützende Belange, die durch die Planung negativ berührt werden, sind nicht ersichtlich. Hierzu wird im Übrigen verwiesen auf die Befreiungen nach § 69(1) LG NRW sowie nach § 78 WHG und § 99 LWG NRW.

Es lassen sich auch keine Belange Privater erkennen, die gegenüber dieser Planung den Vorzug verdienen. Die für die Erschließung eines nicht sehr großen Wohngebietes erforderliche Straße löst keinen solchen Ziel und Quellverkehr aus, dass eine Verkehrslärmbelästigung erwartet werden könnte,

dass die Zumutbarkeitsgrenze, die für die hier anliegenden zu Wohnzwecken genutzte Grundstücke gilt, überschritten wird.